

訊息

Informationen

Geduldiges Warten auf bessere Zeiten?----- Chinesische Religionspolitik zwischen DENG XIAOPING und der Olympiade

China feierte kürzlich seinen großen „Modernisierer“, DENG XIAOPING (1904–1997), anlässlich seines 100. Geburtstags. Er öffnete China für die Marktwirtschaft, doch die Spuren seiner Diktatur sind bis heute überall spürbar. Sicherlich genießen mehr Chinesen als je zuvor den Wohlstand und viele persönliche Freiheiten. Aber China ist ein zerrissenes Land. Dies zeigt sich in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, in dem Trauma der Kulturrevolution und des Massakers von Tian’anmen (wofür DENG verantwortlich gemacht wird), in dem Bemühen um Gerechtigkeit in der Arbeitswelt oder auf dem Lande und um Freiheiten im geistigen Bereich, einschließlich der Religionsfreiheit. Man wartet, insbesondere im außerwirtschaftlichen Leben, mit äußerlicher Geduld auf bessere Zeiten, vielleicht auf einen „neuen DENG“, der wie ein GORBATSCHOW einen Schritt weiter gehen würde. In der Arbeitswelt und auf dem Lande wird dieses Warten, wie die sich häufenden Proteste zeigen, allerdings bereits sehr ungeduldig.

Der Abschluß der Olympiade in Athen lenkte die Augen der Welt auf die eindrucksvolle Selbstpräsentation Chinas. Dabei wurden natürlich die vielen Fragen und Probleme, die es im China der sozialistischen Marktwirtschaft nach DENGs Muster gibt, nicht sichtbar. Die Kommentatoren und Menschenrechtsorganisationen erinnern deshalb an die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte in China, z.B. im Bereich der Religions- und Pressefreiheit. Dies könnte u.a. zur Beeinträchtigung der freien Berichterstattung während der Spiele in Beijing führen – mahnen die Journalisten. China habe vor der Olympiade 2008 eine große Chance, sein internationales Ansehen zu verbessern, vor allem im Bereich der Menschenrechte, der Arbeiterrechte und der Pressefreiheit, erklärte *Human Rights Watch*, das eine neue Webseite mit dem Titel „China Olympics Watch“ eröffnet hat (<http://hrw.org/campaigns/china/beijing08/>). Ungeachtet jedoch der Stimmen aus der ganzen Welt und der chinesischen Versprechungen, die im Hinblick auf die Olympiade in Beijing gemacht werden, herrschen in China nach wie vor starke Kontrolle und Repressionen. Es gibt sogar Stimmen, die ein Überdenken der Vergabe der Sommerspiele 2008 an China fordern, da China mit seinen jetzigen Menschenrechtsstandards den olympischen Geist nicht verbreiten könne und eine so hohe Ehre nicht verdiene.

Vom 1. Oktober d.J. an sollen in China allerdings neue Regeln bezüglich der polizeilichen Verhörmethoden gelten.

Man habe festgestellt, so ein Regierungsbeamter, daß es bei vielen Verhaftungen und den darauffolgenden Verhören schwerwiegende Probleme gebe, so daß sogar Fälle von Selbsttötung in der Untersuchungshaft vorkämen, die auf die brutalen Verhörmethoden und die Mißachtung grundlegender Menschenrechte zurückzuführen seien. Die neuen Regelungen sollen den polizeilichen Untersuchungen Rahmen und Richtlinien geben. So dürfen z.B. Jugendliche, schwangere und stillende Frauen sowie Menschen von über 70 Jahren nach den neuen Regeln nicht über vier Stunden lang verhört oder eingesperrt werden. Alle Beamten, die gegen diese Regeln verstoßen, sollen bestraft werden. (Im letzten Jahr wurden in China 33.761 unqualifizierte Polizisten entlassen. Die Gesamtzahl der Polizisten in China beträgt 1,7 Mio.) Ob allein mit diesen Regelungen Verstöße gegen die Menschenrechte generell ausgerottet werden können, ist allerdings stark zu bezweifeln, denn außer der Polizei gibt es in China noch weitere Behörden, die sich der Kontrolle bestimmter Lebensbereiche, wie z.B. der Religion und der Medien, widmen. Zudem häuften sich zeitgleich mit dem Erlaß der neuen Bestimmungen für Verhörmethoden Meldungen über Folter z.B. an Anhängern von *falungong* in den chinesischen Gefängnissen und über eine strengere Kontrolle des Internets.

Bekämpfung der Religiosität. Der in der Verfassung verankerten Religionsfreiheit und Menschenrechte zum Trotz scheine China entschlossen, die Verbreitung der Religiosität und insbesondere des Christentums unter Kontrolle zu bekommen – so Experten im Zusammenhang mit der Anwendung von diversen Maßnahmen gegen christliche Gruppen, mit denen man bisher die *falungong*-Bewegung bekämpfte. Dem *Wall Street Journal* zufolge richtet sich die Aufmerksamkeit der Behörden jetzt insbesondere auf die ländlichen Gebiete, wo die Religiosität am intensivsten wächst.

Innerhalb der KP Chinas zählen die Aktivitäten von *falungong*, „terroristische Aktivitäten durch militante ethnische Minderheiten“, „Bewegungen für mehr Demokratie in Hongkong“ sowie „religiöse Infiltrationsversuche durch ausländische Mächte“ zu den neun potentiellen Instabilitätsfaktoren. Für die Behandlung dieser Probleme, die als „Notstandssituationen“ klassifiziert wurden, ist eine Sonderkommission beim ZK der KP Chinas berufen worden.

Die Verbreitung des Christentums sei ein „Sorgenkind“ von Regierung und Partei und deshalb besonders in deren Visier geraten, meinte ein Mitglied der Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing. Alles, was als „Kult“ bezeichnet werden könne, werde bekämpft. Dabei umfasse dieser unklare Begriff auch alle kirchlichen und religiösen Gruppen, die ohne behördliche Erlaubnis fungieren. Nach Meinung der Beobachter wendet man sich vor allem auch deshalb gegen die Verbreitung des Christentums auf dem Lande, weil man eine historisch bedingte Angst vor einer Rebellion unzufriedener Bauern in Verbindung mit Religiosität habe.

Chronik der Maßnahmen. Für die letzten Monate läßt sich eine Chronik der behördlichen Maßnahmen gegen die Religiosität erstellen. Mehrere Menschenrechtsgruppen veröf-

fentlichten Listen mit Namen und Berichte über die Verhaftungen der letzten Monate (so z.B. die norwegische Gruppe *Forum 18*). Temporäre Verhaftungen von katholischen Priestern werden nach wie vor gemeldet. Abermals gingen die chinesischen Behörden gegen nicht offiziell genehmigte Gemeinden der katholischen Kirche vor. Im August wurden beispielsweise in Quyang (Provinz Hebei) acht Priester und zwei Seminaristen der Diözese Baoding festgenommen.

Über 100 Personen aus dem Umfeld der protestantischen Hauskirchen wurden im Juli d.J. während einer Versammlung in Xinjiang verhaftet. Die in Pennsylvania ansässige *China Aid Association* berichtet, daß 200 Polizisten mit 46 Fahrzeugen den Ort der Versammlung, ein Erholungsheim für Arbeiter des Straßenamtes in Liugong, Bezirk Changjizhou, umzingelten und die Teilnehmer vorübergehend festnahmen. Einige Teilnehmer wurden in ein „Umerziehungs- und Studienzentrum“ gebracht, einige befinden sich in Polizeigewahrsam, andere wurden nach Hause geschickt und stehen nun unter Hausarrest. Die Versammlung, die der Fortbildung von christlichem Leitungspersonal galt, wurde von der Yingshang-Kirche organisiert, die ihr Zentrum in Anhui hat. Einer der Führer dieser Kirche, WANG YULIAN, wurde bei dem Vorfall verhaftet. Auch ein Mitglied der offiziellen protestantischen Kirche, der Generalsekretär der Drei-Selbst-Bewegung von Ningbo (Zhejiang), JIN DA, der mit den nichtregistrierten Hauskirchen zusammenarbeitet, wurde mitverhaftet. Kurz vorher wurden auch vorübergehende Verhaftungen von 40 Hauskirchenmitgliedern in Chengdu (Sichuan) gemeldet, darunter ein taiwanesisches Ehepaar, das dort ein Seminar leitete.

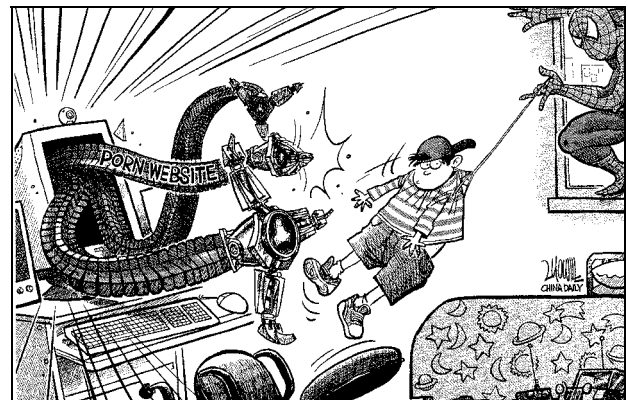
Mehr als 100 Hauskirchenmitglieder wurden bei einem religiösen Treffen in der Nähe von Kaifeng (Provinz Henan) festgenommen. Festgenommen und gefoltert wurde außerdem HUA HUIQI, eine führende Persönlichkeit der Hauskirchen von Beijing. Auch der bekannte protestantische Führer SAMUEL LAMB (LIN XIANGUO), der zahlreiche Anhänger aus dem Umfeld der Hauskirchen in Guangzhou hat, und mehrere Gläubige wurden im Juli vorübergehend verhaftet und verhört. LAMB war schon vierzehn Jahre lang nicht mehr belästigt worden. Eine 34jährige Frau wurde während des Verhörs totgeschlagen. Sie war im Juni wegen Verteilung von Bibeln („Verbreitung von Gerüchten und Störung der öffentlichen Ordnung“, so die offizielle Formulierung) festgenommen worden. Bereits im Mai d.J. wurde GU XIANGGAO, Leiter einer Gruppe von Hauskirchen, zu Tode geschlagen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele aus dem Umfeld der christlichen Kirchen. Die restriktiven Maßnahmen betreffen aber nicht nur die christlichen Gruppen. Aus Kulun in der Inneren Mongolei ist die Schließung eines 800jährigen buddhistischen Tempels (*Dari Rulai Xingyuan*) bekannt geworden, der mit Hilfe der *Buddhist Foundation of America* renoviert wurde und am 15. August d.J. wiedereröffnet werden sollte. Zur Eröffnung erwartete man zahlreiche Gäste (Anhänger) aus China und dem Ausland. Der Leiter des Renovierungsprojektes und Abt des Tempels ist YU TIANJIAN, bekannt auch als Lebender Buddha DECHAN JUEREN, der gleichzeitig Präsident der *Buddhist Foundation of America* ist. In dem besagten Tempel lebten bereits 70 chinesi-

sche Lamas und zahlreiche amerikanische Anhänger. Alle wurden aufgefordert (manche mit physischer Gewalt), den Tempel und das Gebiet zu verlassen. Wasser- und Stromleitungen wurden blockiert, Statuen und andere religiöse und persönliche Gegenstände wurden auf zwei Lastwagen abtransportiert. Die Hintergründe der unerwarteten Schließung dieses offiziell genehmigten Tempels sind noch unklar. Für die Renovierung haben die amerikanischen Anhänger bereits über drei Mio. US-Dollar investiert. Die amerikanische Botschaft in Beijing forderte eine Erklärung.

China verstärkt auch den Druck auf die Muslime, insbesondere in Xinjiang. Beobachter sind der Meinung, daß die Beijinger Regierung zunehmend den Terrorismus als Vorwand für die strenge Kontrolle der religiösen Aktivitäten nutzt. *Amnesty International* protestierte beispielsweise gegen die Hinrichtung von KUERBAN TUDAJI, dem Separatismus, d.h. Herstellung von Waffen, Ausbildung von Terroristen und Erklärung des *jihad* gegen China, vorgeworfen wurde. *Amnesty* ist der Überzeugung, daß für diese Hinrichtung nicht genügend Beweise vorlagen und daß KUERBAN TUDAJI keinen fairen Gerichtsprozeß hatte.

Internet und Medien. Im Juli wurden im Rahmen einer anti-pornographischen Kampagne nahezu 1.000 ausländische und fast 70 inländische Webseiten blockiert. Von dieser Blockade waren aber auch andere Webseiten betroffen, wie einige aus Hongkong und das bekannte *Google*. Über diese Kampagne hinaus wolle man in China auch den Empfang des Satellitenfernsehen stärker regulieren und beschränken – hieß es seitens der zahlreichen Behörden, die damit zu tun haben. Alle Programme, die den Aufbau der sozialistischen Zivilisation und die soziale Stabilität stören, sind bereits verboten (Dekret des Staatsrates Nr. 129). Auf der anderen Seite soll die Qualität der bestehenden Programme verbessert werden.



Karikatur von LUO JIE zur Gefährdung der chinesischen Jugend durch Porno-Webseiten (*China Daily* 6.08.2004).

Im Zuge der Säuberungsmaßnahmen im Internet wurden jedoch nicht nur pornographische und allgemeine, sondern auch zahlreiche religiöse Seiten blockiert, wie *Forum 18 News Service* aus Oslo berichtete (siehe hierzu weiter unten den Beitrag „Religion und Internet in China“).

Über dreißig Zeitungen und Zeitschriften aus den Bereichen Politik, Kultur, Wissenschaft, Erziehung und Ökologie wurden im Sommer d.J. mit der Begründung geschlossen, daß sie nicht registriert seien – meldete die Zeitung

Guangming ribao am 14. Juli. Dies geschah im Zusammenhang mit Bestrebungen, die Publikationsszene der VR China von oben zu „ordnen“. Inwieweit Zeitschriften religiösen Inhalts betroffen sind, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Fast gleichzeitig wurden auch neue Regelungen zur Distribution der Parteipresse herausgegeben. In einem Rundschreiben des Staatsrates vom 25. Juli wurde festgelegt, welche Parteizeitungen von welchen Staatseinheiten gekauft und vertrieben werden müssen und welche nicht.

Falungong. Berichte über Folter, psychische Zusammenbrüche und Todesfälle von Anhängern in Arbeitslagern und Gefängnissen gibt es nach wie vor (siehe dazu *China heute* 2004, S. 7f., 70f.). Weitere Lager wurden in diesem Zusammenhang bekannt, wie z.B. ein „Zentrum“ für Gehirnwäsche in Xinjin, Kreis Pi in Sichuan. Allein für Juni und Juli d.J. werden 48 Todesfälle von Anhängern gemeldet. Insgesamt soll die Zahl der seit dem Verbot von *falungong* 1999 zu Tode gekommenen mindestens 1.600 betragen (so auch die offiziellen Angaben der chinesischen Behörden), manche Quellen sprechen aber von über 5.000.

Nach der Ermordung von neun *falungong*-Anhängern in Südafrika im Juni d.J. wurde bekannt, daß an 32 chinesischen Botschaften in der ganzen Welt spezielle Abteilungen eingerichtet worden sind, die die Reputation der Anhänger von *falungong* im Ausland unterminieren sollen.

Gegen all diese Maßnahmen der chinesischen Regierung gibt es seitens der Anhänger der Bewegung im Ausland weiterhin zahlreiche Proteste und Aktionen. Über 200 Anhänger von *falungong* protestierten z.B. am 18. Juli vor dem Beijinger *Liaison Office* in Hongkong gegen die Unterdrückung der Bewegung in der VR China.

Beobachter der Religionspolitik vergleichen *falungong* des öfteren mit *Yiguandao*, einer volksdaoistischen religiösen Gruppe, die in der Zeit des *Guomindang*-Regimes sehr stark verfolgt wurde und dennoch überlebt hat. Heutzutage gibt es Anhänger von *Yiguandao* überall, sagte ein Experte. „Ich glaube, auch die Anhänger von *falungong* werden am Ende siegen“, fügte er hinzu.

Quellen (2004): *AFP* 26.06.; *ASA* 17/034/2004; *BBC* 14.07.; *C.a.* 2004, S. 481f., 500-514; *FAZ* 19.08.; <http://news.amnesty.org>; *IHT* 10.08.; *KNA* 18.08.; *Le Monde* 8.-9.08.; *RTHK Radio 3 audio* 18.07.; *SCMP* 21.07.; *Taipei Times* 21.07.; *UCAN* 17.08.; *VOM* 19.07.; *Washington Post* 19.08.; www.faluninfo.net; www.persecution.com; www.zenit.org; *Xinhua* 18.,25.07.; 20.08.

ROMAN MALEK

Vollversammlung ----- der katholischen Gremien in der VR China

In Beijing fand vom 7. bis zum 9. Juli d.J. die siebte Vollversammlung der katholischen Gremien in der VR China statt. Sie war bereits für das letzte Jahr geplant, mußte jedoch wegen SARS verschoben werden. Den Satzungen zufolge sollen die Vollversammlungen alle fünf Jahre stattfinden; die letzte kam im Januar 1998 zusammen (siehe *China heute* 1998, S. 2f., 6f.). An der diesjährigen Vollversammlung nahmen 265 (von 305 vorgesehenen) Delegierte aus 31 Provinzen teil, darunter (nur) 40 Bischöfe sowie ein paar Dutzend Priester und Ordensfrauen. Die Mehrheit waren Laien, die die Patriotischen Vereinigungen der Pro-

vinzen repräsentierten; nicht alle davon sind gläubige Menschen, manche deklarieren sich gar als Atheisten – hieß es dazu in den Berichten.

Offizieller Bericht zur Lage der Kirche. Das offizielle Bild der Entwicklungen in der katholischen Kirche seit der letzten Vollversammlung 1998, so wie es im Bericht von Bischof FU TIESHAN, dem Vorsitzenden der Patriotischen Vereinigung, erscheint, stellt sich folgendermaßen dar:

Fünfehn Bischöfe und acht Koadjutoren wurden geweiht; dazu kommen 613 Priester (insgesamt sind es jetzt über 1.700 Priester). Für die wachsende Zahl der Katholiken – nach dem Bericht sind es 5,3 Mio. – wurden 700 neue Kirchen gebaut (so daß es heute in China über 6.000 Kirchen gibt). 540.000 Personen wurden in dieser Zeit getauft. Es gibt zwölf Priesterseminare (von denen sieben mit Hilfe des Staates ausgebaut oder renoviert wurden), die zusammen mit den Kleinen Seminaren insgesamt 2.000 Studenten haben. Unter den über 3.000 Schwestern haben 345 in den letzten sechs Jahren ihre ewigen Gelübde abgelegt. Die offizielle Kirche hat auch einige Umstrukturierungen vorgenommen, und zwar wurden in neun Provinzen die Diözesen zusammengelegt oder ihre Gebiete umdefiniert. Der Bericht von Bischof FU unterstrich Fortschritte in der Ausbildung von Priestern und Schwestern, wobei der politischen Bildung besondere Bedeutung beigemessen wurde. Ein einheitlicher Lehrplan wurde entwickelt, und Lehrmaterialien, insbesondere über die „demokratische Verwaltung“ sowie die Autonomie der Kirche, vorbereitet. Zwei Priesterseminare, das Nationale in Beijing und das Regionale in Shijiazhuang (Hebei), wurden von der Regierung „evaluiert“ und die Ausrichtung der beiden „korrigiert“. Beide Seminare hätten neue Richtlinien formuliert, die ihnen jetzt die weitere Arbeit ermöglichten. Bischof FU betonte des Weiteren, daß die Vertreter der Patriotischen Vereinigung und der offiziellen Bischofskonferenz 25 Provinzen besuchten, um das politische Denken und die Gedanken des 16. Kongresses der KP Chinas zu propagieren.

Der Bericht erwähnt auch die „verlorenen Brüder im Herrn“, d.i. die Untergrundkirche, in der Hoffnung, daß sie „umerzogen“ würden und dadurch ihr Verständnis der Lage verbesserten, so daß sie nach der Ausräumung der Mißverständnisse auf den Weg „der Liebe zur Kirche und zum Land“ zurückkommen könnten. Bischof FU sagte zudem, daß die Erklärung der katholischen Gremien gegen die Heiligsprechung der chinesischen Märtyrer am 1. Oktober 2000 (siehe *China heute* 2000, S. 134-142, 153-159) eine „große Resonanz bei den Massen gefunden und ein gutes Image der Kirche geschaffen“ habe.

Des Weiteren behandelt der Bericht die drei neuen Satzungen für die Arbeit der katholischen Gremien in China vom März 2003, die jedoch erst auf dieser Vollversammlung angenommen wurden (die Satzungen wurden bereits einmal revidiert; siehe dazu *China heute* 1998, S. 117-119). Diese Dokumente, so der Bericht, werden die Arbeit der Kirche in China „gesund“ weiterführen. (Eine Übersetzung der neuen Satzungen, die den neuen Regelungen des Staatsrates für soziale Organisationen aus dem Jahre 1998 angepaßt wurden, wird in einer der nächsten Nummern von *China heute* veröffentlicht.) FU sprach in seinem Bericht

auch von der sozialen Arbeit der Kirche, vor allem die Hilfe für Katastrophengebiete, Bildung für die Armen, Sorge um die Alten, Kranken und Behinderten. Der Bericht führt schließlich an, daß die Gremien in den letzten sechs Jahren fast 1.100 Besucher aus dem Ausland empfangen haben. Darunter waren Politiker, Geistliche und andere Personen aus über 40 Ländern. 271 Delegationen wurden von China nach Hongkong, Macau und in andere Länder gesandt.

Die chinesische Kirche, so der Bericht von Bischof FU, werde auf dem Weg der Unabhängigkeit, Autonomie, Demokratie und Anpassung an den Sozialismus voranschreiten. Sie werde sich um theologische und spirituelle Entwicklung bemühen, sie werde auch Wege der Selbsterhaltung, inklusive Verhandlungen über die Rückgabe von Kirchengut, suchen.

Themen und Verlauf der Vollversammlung. Die Finanzen der Kirche, insbesondere aber die Frage der Rückgabe von kirchlichem Eigentum, das sich noch in staatlichen Händen befindet, scheinen das Hauptthema der Vollversammlung gewesen zu sein. Man habe, so die Berichte, drei Finanzquellen unterschieden und diskutiert: 1. Vermietung von Kirchengut, 2. Spenden und 3. Unterstützung durch die Regierung. Diskutiert wurde, allerdings eher am Rande, auch die Frage der Katechistenausbildung und die Bemühungen, für die Laienkatechisten vom Staat einen offiziellen Status (d.h. Registrierung) als Assistenten der Bischöfe und Priester zu erlangen. Näheres dazu wurde nicht bekannt, es ist aber offensichtlich, daß man dadurch nicht-registrierte Laienkatechisten ausschalten möchte.

Insgesamt hat man den Eindruck, daß die katholische Kirche in China zunächst weiterhin eine versklavte *Ecclesia ad intra* bleibt, denn die Hauptprobleme der Kirche und der chinesischen Gesellschaft wurden von den Delegierten zumindest nicht öffentlich angesprochen.

Zu den Delegierten sprach außer Bischof FU TIESHAN auch YE XIAOWEN, der Direktor des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten. YE betonte, daß die Hauptziele der katholischen Kirche in China Autonomie und Unabhängigkeit von Rom, demokratische Administration und Ausbildung von patriotischen Amtsträgern seien. Er rühmte sich, daß er die Genehmigung für die drei neuen Satzungen der katholischen Gremien erlangt habe, nach denen jede Diözese, jede Pfarrei, jedes Seminar und jeder Konvent demokratisch „verwaltet“ werden müssen, d.h. nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die oft nicht-katholischen Mitglieder der Patriotischen Vereinigungen die Mehrheit ausmachen.

Die Vollversammlung wählte erneut Bischof FU TIESHAN zum Vorsitzenden der Patriotischen Vereinigung, Bischof LIU YUANREN zum Vorsitzenden der offiziellen Bischofskonferenz und Herrn LIU BAINIAN zum Generalsekretär der Patriotischen Vereinigung. Bischöfe, die älter sind als 80 Jahre – so die Bischöfe JIN LUXIAN (Shanghai), DONG GUANGQING (Hankou), YU CHENGCAI (Haimen), TU SHIHUA (Hanyang/Beijing) und LIU JINGHE (Tangshan) – wurden nicht mehr in die Gremien gewählt. Neuer stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz wurde der 51jährige Bischof FANG XINGYAO aus Linyi (Provinz Shandong), der letztes Jahr Deutschland besuchte (siehe *China heute* 2003, S. 201). Die offiziellen Vertreter der Gremien

bleiben also fast die alten, und es ist nicht zu erwarten, daß sie größere Veränderungen in der Kirche herbeiführen werden. Es wird betont, daß dadurch die „alte Linie“ aus der Zeit von JIANG ZEMIN fortgesetzt werde, eine Linie, die auf Autonomie setze und Berührungsängste gegenüber dem Ausland habe, d.h. eine Linie, die in Wirklichkeit eine ideologische Unterordnung unter die KP Chinas bedeute. Die „dritte Führungsgeneration“ der VR China, der FU TIESHAN, LIU BAINIAN, YE XIAOWEN und andere angehören, sei eine Generation, die nur Kontrolle ausüben möchte und nicht realisiere, daß sich die chinesische Gesellschaft in eine andere Richtung entwickle – meinen einige Beobachter. Eine solche Versammlung und solche Gremien seien, so eine weitere Quelle, eine „letzte Zuflucht des im Tode liegenden Stalinismus“.

Die Delegierten wurden am 9. Juli in der Großen Halle des Volkes von JIA QINGLIN, Mitglied des Politbüros der KP Chinas und Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz, empfangen. Bei dem Treffen waren neben Bischof FU TIESHAN in seiner Eigenschaft als Vizevorsitzender des Nationalen Volkskongresses auch Vizepremier HUI LIANGU, die Chefin der Einheitsfront LIU YANDONG, der Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten YE XIAOWEN sowie die Verantwortlichen von relevanten Abteilungen anwesend. In seiner Rede stellte JIA QINGLIN fest, daß die „Religionsarbeit“ ein wichtiger Bereich der Arbeit des Staates und der Partei sei. Sowohl MAO ZEDONG als auch DENG XIAOPING und JIANG ZEMIN hätten der Religion viel Aufmerksamkeit gewidmet. Und seit dem 16. Parteikongreß habe Generalsekretär HU JINTAO die „Drei Vertretungen“ (*sange daibiao*, d.h. die KP Chinas repräsentiert 1. die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, 2. die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und 3. die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas) als leitende Prinzipien der Religionsarbeit dargestellt, so daß die Partei die Politik der Religionsfreiheit, der demokratischen und unabhängigen Administration der religiösen Angelegenheiten, der Anpassung an den Sozialismus und des Patriotismus fortsetzen könne. Die Partei bemühe sich, eine patriotische Einheitsfront mit den religiösen Kreisen zu bilden. Insgesamt stellte JIA fest, daß die Lage der Religionen in China zur Zeit gut sei. Auch die Katholiken trügen durch ihre Aktivitäten und ihre Haltung zum Aufbau des Sozialismus bei. Er äußerte die Hoffnung, daß dies so bleibe. In seiner Rede hob JIA besonders die Prinzipien der Unabhängigkeit und Selbsterhaltung der Kirche sowie der Selbstwahl und -weihe der chinesischen Bischöfe hervor.

Die Tatsache, daß die Wahl und Weihe der Bischöfe von JIA QINGLIN, dem vierten Mann in China, und von YE XIAOWEN so stark betont wurde, wird von den Experten als ein Zeichen dafür gedeutet, daß dies die Hauptfrage sein wird bei den künftigen (oder laufenden?) Gesprächen zwischen der Regierung in Beijing und dem Hl. Stuhl in Rom.

„Catholicism brings meaning to lives of many Chinese.“ Dies war der Titel eines Artikels in der semioffiziellen *China Daily* am 21. Juni d.J. Der Artikel erschien in der Kolumne „Nation Focus“. Darin wird kurz an die Geschichte der katholischen Kirche in China erinnert, vor allem aber an ihre

gegenwärtige Situation mit zahlreichen Gläubigen, zu wenig Priestern und patriotischem Geist. Der Artikel von BAI XU und GAN LU stellt die katholische Kirche am Beispiel von Beijing dar und ist mit vielen nicht ganz aktuellen bzw. nur einseitigen Informationen seitens des Generalsekretärs der Patriotischen Vereinigung LIU BAINIAN sowie Priestern aus Beijing versehen. Die Zahl der Katholiken in China wird z.B. mit 5,2 Mio angegeben, die Zahl der Priesterseminare mit zwölf und die Zahl der Priester und „Priesterinnen“ (*sic!*) mit 1.200 bzw. 1.000. Die Tatsache, daß ein solcher Artikel in *China Daily* erschien, ist jedoch sehr signifikant, bedenkt man vor allem, daß zahlreiche Katholiken im Lande strenger Kontrolle unterliegen.

Quellen (2004): *UCAN* 13.,26.07.; www.eglise.mepasie.org; *Xinde* 1.08.; *Xinhua* 9.07.; *Zenit/EDA* 20.07.; privat.

ROMAN MALEK

Zum Status der Russisch-Orthodoxen Kirche in der VR China -----

Die Russisch-Orthodoxe Kirche, d.h. der Moskauer Patriarchat, verhandelt mit dem Büro für Religiöse Angelegenheiten über den Status und die Anerkennung als Chinesische Autonome Orthodoxe Kirche (*UCAN* 24. Juni 2004). Bis jetzt wird die Russisch-Orthodoxe Kirche nur in Xinjiang und in der Inneren Mongolei lediglich auf Lokalebene als „Chinesische Orthodoxe Kirche“ anerkannt. Die VR China erkennt auf nationaler Ebene offiziell nur fünf Religionen an: Daoismus, Buddhismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus. Seitens des Patriarchates wurde die Hoffnung geäußert, bis zur Olympiade 2008 die Frage der orthodoxen Kirche auch auf nationaler Ebene zu regeln. Es geht dabei auch um die Wiedererrichtung der orthodoxen Hierarchie. Priester GREGOR ZHU SHIPU, der die orthodoxen Gläubigen in Harbin betreute, starb im September 2000; der letzte orthodoxe Priester Beijings, ALEXANDER DU LIFU, starb im Dezember 2003 (siehe *China heute* 2004, S. 10). Die orthodoxen Trauerfeierlichkeiten für DU fanden in der Nantang statt, da es in Beijing keine orthodoxe Kirche mehr gibt. (N.B. Dies war ein sehr seltenes Zeichen des praktizierten Ökumenismus in China!) Die orthodoxe Kirche hofft, in Beijing noch vor der Olympiade eine Kirche zu bauen. Bis jetzt finden die Gottesdienste in der russischen Botschaft statt.

In China gibt es nach eigenen Angaben der orthodoxen Kirche ca. 13.000 Gläubige, meist russischer Abstammung, in Beijing, Labdarin (Ergun Youqi, Innere Mongolei), Chuguchak (Tacheng) und Urumuqi. 1957 wurde der chinesischen Kirche vom Moskauer Patriarchat der autonome Status zuerkannt. Im Zusammenhang mit den oben genannten Verhandlungen wurde bekannt, daß in Rußland, d.h. an der Moskauer Theologischen Akademie und an der St. Petersburger Akademie, dreizehn chinesische orthodoxe Studenten studieren.

ROMAN MALEK

Katholische Unternehmer in China denken über Wirtschaftsethik nach -----

Chinesische katholische Geschäftsleute und Unternehmer beginnen über ihre Verantwortung und Rolle in Gesell-

schaft und Kirche zu diskutieren. Dies läßt sich zwei Meldungen der Nachrichtenagentur *UCA News* (7. und 14. Juli 2004) entnehmen. Danach trafen sich an einem nicht näher angegebenen Datum im Sommer d.J. einige katholische Geschäftsleute in Shanghai zu einem Austausch. Die Teilnehmer äußerten Besorgnis über die Zunahme skrupelloser Geschäftspraktiken in China, insbesondere die vielen, teilweise gefährlichen Fälschungen von Markenprodukten (z.B. sind durch gefälschtes Milchpulver bis Juni 2004 in China mindestens 17 Kleinkinder umgekommen). Sie erklärten, durch ethisch einwandfreie Geschäftspraktiken diesen Mißständen entgegenwirken zu wollen und sich gegenseitig zu unterstützen. Teilnehmer sagten zu *UCA News*, daß viele Katholiken lieber Geschäfte mit anderen Katholiken machten, weil sie diesen mehr trauten. Allerdings würden manche Katholiken im Geschäftsleben aus Sorge, übervorteilt zu werden, überhaupt nicht über ihre Religion sprechen.

In Shenzhen nahmen im Mai d.J. 40 katholische Unternehmer an einem Seminar über Unternehmensführung teil, das die örtliche Patriotische Vereinigung organisierte. Solche Seminare seien eine Gelegenheit, katholische Unternehmer zusammenzubringen und ihnen zu zeigen, daß die Kirche sich um sie kümmere, erklärte ein Vertreter der Patriotischen Vereinigung. Professor SONG ZHIYI von der Universität Shenzhen, der als Referent eingeladen war, sagte, er habe zum ersten Mal vor einer Gruppe von Religionsanhängern gesprochen. Die örtliche Kirche will weitere Seminare zur Vermittlung religiösen Wissens für katholische Unternehmer organisieren. Offenbar werden nicht wenige Betriebe in der südchinesischen Sonderwirtschaftszone Shenzhen von Katholiken geführt.

Eine Reihe engagierter katholischer Unternehmer sieht es außerdem als ihre Aufgabe an, ihre Angestellten zu unterstützen und ihnen den christlichen Glauben nahezubringen. Einige von *UCA News* befragte Unternehmer(innen) organisieren Gottesdienste und andere Aktivitäten für ihre Angestellten oder haben eine Kapelle in ihrer Fabrik eingerichtet. Dies müsse natürlich *low key* gehalten werden, weil die Regierungsvorschriften religiöse Aktivitäten nur an eigens dafür zugelassenen Stätten erlauben. Manche Geschäftsinhaber stellen bevorzugt Katholiken ein, damit diese sich gegenseitig im Glauben stärken können – was besonders wichtig sei, da viele aus beruflichen Gründen ihre Heimatorte verlassen haben und sich ohne Kontakte zu anderen Katholiken leicht der Kirche entfremden könnten. Ein Priester aus Wenzhou äußerte, daß katholische Unternehmer mit ihrem Einkommen und ihrer gesellschaftlichen Stellung viel für die Kirche tun könnten, besonders, wenn sie zusammenarbeiteten.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Religion und Internet in China -----

Studie zur Zugänglichkeit ausländischer religiöser Webseiten in China. Für viele chinesische Religionsanhänger ist das Internet Hauptinformationsquelle für Nachrichten aus den weltweiten Religionsgemeinschaften. Zahlreiche religiöse Webseiten aus dem Ausland sind in China jedoch blockiert, darunter „erstaunlich viele“ katholische. Das stellte die

norwegische Organisation *Forum 18*, die sich speziell mit Fragen der Religionsfreiheit weltweit beschäftigt, bei einem zweimonatigen Test der Zugänglichkeit ausländischer religiöser Webseiten in der Volksrepublik China fest. *Forum 18* testete mehrere hundert Webseiten verschiedener Religionen in verschiedenen Sprachen an mehreren Orten in China von Mitte Mai bis Mitte Juli 2004. Die interessanten Ergebnisse der Untersuchung sind unter www.forum18.org abrufbar.

Grundsätzlich unzugänglich fand *Forum 18* bei seinem Test erwartungsgemäß alle von der *falungong*-Bewegung und der islamistischen Bewegung *Hizb-ut-Tahrir* unterhaltenen Seiten. Nahezu unzugänglich waren Seiten, die mit dem DALAI LAMA in Verbindung stehen. Blockiert waren ferner Webseiten, die über religiöse Verfolgung in China berichten, wie z.B. www.chinaaid.org, www.china21.org, www.religiousfreedomforchina.org, www.freechurchforchina.org und www.ff.org sowie die Seite des von den italienischen PIME-Missionaren betriebenen Nachrichtendienstes *Asia News*. Hingegen waren die chinesischsprachigen Dienste des vatikanischen Nachrichtendienstes *Fides* sowie von *Radio Vatikan* und *Radio Veritas* zugänglich. Nicht blockiert waren durchweg die Seiten der internationalen Zentren und Organisationen großer Religionsgemeinschaften wie des Vatikan, verschiedener orthodoxer Patriarchate, des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, der Adventisten, der Mormonen, der Muslimischen Weltliga sowie Seiten mit heiligen Schriften verschiedener Religionen in chinesischer Sprache.

Viele Webseiten religiöser Gruppen in Hongkong, Taiwan, Singapur und anderen Ländern der Region waren von Festlandchina aus zugänglich, darunter die Seiten der katholischen Kirche in Taiwan, des als Forschungs- und Kontaktstelle zur katholischen Kirche in der Volksrepublik eingerichteten *Holy Spirit Study Centre* in Hongkong, der katholischen Nachrichtenagentur *UCA News* und des Hongkonger Christenrates. Blockiert waren hingegen die offizielle Seite der katholischen Diözese Hongkong (seit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Diözese und chinesischer Regierung im Zuge des Kampfs um den Anti-Subversions-Artikel 23 des Hongkonger Grundgesetzes im Jahr 2003) sowie die Seite der Steyler Missionare in Taiwan, www.svdchina.org.

Auch innerhalb der Volksrepublik China betriebene Webseiten religiösen Inhalts spielen vor allem bei jüngeren Gläubigen und an Religion Interessierten eine immer größere Rolle, nicht zuletzt deshalb, weil die Religionen zu anderen öffentlichen Medien in der Regel keinen Zugang haben. Die Behörden versuchen daher zunehmend auch die Internetaktivitäten der chinesischen Religionsgemeinschaften zu überwachen. So hat die Regierung von Shanghai für Oktober 2004 eine Neufassung ihrer Vorschriften für religiöse Aktivitäten angekündigt, die erstmals auch Bestimmungen über die Verwaltung religiöser Webseiten enthalten soll. Eine Reihe von Vorschriften zum Internet führt ausdrücklich „Verbreitung von Kulte“ oder „Aberglauben“ unter den verbotenen Internetaktivitäten auf – so die im Juni 2004 eingerichtete Webseite <http://net.china.cn/chinese>, auf der Besucher „illegale“ Webseiten anzeigen können, und der

„Selbstdisziplin-Pakt“ der *China Internet Association*, dem anzuschließen laut *Xinhua*-Bericht vom 18. Juni chinesische Internet-Provider aufgefordert sind.

Neue Bestimmungen zur Überwachung von SMS angekündigt. Ein neuer Gegenstand der Überwachung digitaler Kommunikation in der VR China sind die per Mobiltelefon verschickten SMS-Nachrichten. Am 2. Juli kündigte die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* tägliche Kontrollen der SMS-Provider – Mobiltelefonfirmen und Webseiten – an. Alle diese Firmen müssen ein Programm installieren, das SMS-Nachrichten auf bestimmte Schlüsselwörter, Phrasen und Zahlen hin filtert und verdächtige Nachrichten löscht. Die Maßnahme soll laut *Xinhua* die Verbreitung pornographischer, betrügerischer oder unerlaubter Nachrichten verhindern; Hintergrund dürfte aber auch sein, daß sich in letzter Zeit unerwünschte Nachrichten wie über den Ausbruch von SARS 2003 oder über Korruptionsfälle massenhaft per SMS verbreitet haben. Im Jahr 2003 verschickten Chinas damals fast 300 Mio. Handybenutzer 220 Mrd. SMS-Nachrichten. Übrigens sind Mobiltelefone und SMS auch für die katholischen Priester – und dies dürfte bei den „Hauptamtlichen“ anderer Religionsgemeinschaften ähnlich sein – trotz hoher Kosten zentrales Kommunikationsmittel, da sie viel unterwegs sind, das Telefon-Festnetz auf dem Land nicht so gut entwickelt ist und außerdem viele kirchliche Telefonanschlüsse abgehört werden.

Zunahme katholischer Webseiten. Trotz Hindernissen wächst in China die Zahl katholischer Webseiten. Eine ganze Reihe von Diözesen hat eigene Seiten eingerichtet; es gibt aber auch von Gemeinden, Gruppen und Einzelpersonen betriebene Seiten. Bereits 1999 ging *Xinde (Faith Press)*, das landesweit aus der katholischen Kirche berichtet, mit www.chinacatholic.org ans Netz. Die *chat rooms* der katholischen und noch mehr der protestantischen Webseiten werden besonders von jungen Christen genutzt. Etliche kleine Webseiten verschwinden jedoch auch wieder, weil niemand sie betreut oder die kirchliche Unterstützung fehlt; andere können die Gebühren nicht mehr zahlen, die die früher kostenlosen chinesischen Server seit einigen Jahren für eine Webseite erheben. LIU BAINIAN, der Generalsekretär der Patriotischen Vereinigung, sagte am 7. August 2003 zu *UCA News*, die leitenden Kirchengremien hätten überlegt, einen Ausschuß zur Beaufsichtigung der Internetkommunikation sowie eine eigene Webseite der Patriotischen Vereinigung einzurichten, doch fehle es dazu noch an qualifiziertem Personal. Von den offiziellen Organisationen der anderen in China staatlich anerkannten Religionen unterhalten bisher nur der Chinesische Christenrat (www.chinese-protestant-church.org.cn) und die Buddhistische Vereinigung (www.buddhism.com.cn) eine Webseite. Die Daoistische Vereinigung und die Islamische Vereinigung sind wie die katholische Patriotische Vereinigung noch nicht mit einer eigenen Adresse im Internet zu finden.

Quellen: *Forum 18* 21.07.2004; *New York Times* 27.06.; 3.07.2004; *Taipei Times* 21.07.2004; *UCAN* 11.08.2003; 27.07.2004; *Xinhua* 18.06.2004. Siehe auch ZHANG JUNHUAS Beitrag „Das Internet in China – Wirtschaftsmotor oder politische Bedrohung?“ in den THEMEN dieser Nummer von *China heute*.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Hongkong: Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes und christliche Schulen -----

Nach zweitägiger Debatte verabschiedete der Hongkonger Legislativrat am 8. Juli 2004 den umstrittenen „Entwurf zur Nachbesserung des Gesetzes für das Bildungswesen 2002“, die *Education (Amendment) Bill 2002 (2002 nian jiaoyu [xiuding] tiaoli cao'an)*. 29 Legislativratsmitglieder des Regierungslagers stimmten für den Entwurf, 21 aus dem demokratischen Lager stimmten dagegen. Kern und Hauptstreitpunkt des Gesetzes ist die Einführung von „eingetragenen Schulverwaltungsräten“ (*incorporated management committees, fatuan xiaodonghui*) an staatlich subventionierten Schulen in privater Trägerschaft. Deren weitreichende Befugnisse, so die Kritiker, werden den Trägern die Kontrolle über ihre Schulen entziehen. Hiervon sind insbesondere die christlichen Kirchen betroffen, die über 40% aller Hongkonger Schulen betreiben, obwohl sie nur ca. 7% der Bevölkerung ausmachen. Das Gesetz wird deshalb auch als Versuch gesehen, ihren Einfluß im Bildungsbereich einzuschränken. Es tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Nach einer fünfjährigen Übergangsfrist müssen bis zum 1. Juli 2009 alle Schulträger Entwürfe für die Satzungen der „eingetragenen Schulverwaltungsräte“ bei der Schulbehörde einreichen. Die Schulverwaltungsräte müssen bis spätestens 2012 eingerichtet sein.

Reaktionen. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Bildungsgesetzes am 8. Juli äußerte die katholische Diözese tiefes Bedauern über die Entscheidung, die die privaten Schulträger als langjährige Partner im Bildungsbereich mißachte, die Leitung der Schulen radikal verändere und das bewährte Bildungswesen Hongkongs ernsthaft schädige. Die Kirche werde dennoch ihr Engagement auf dem Bildungssektor unbeirrt fortsetzen, bis sie zum Rückzug gezwungen werde (siehe DOKUMENTATION).

Bischof JOSEPH ZEN erklärte außerdem, er werde die Möglichkeit einer Verfassungsklage rechtlich prüfen lassen, da der Gesetzentwurf gegen Artikel 141 des Hongkonger Grundgesetzes verstoße. Vertreter der Ordensleitungen sowie TIMOTHY HA WING-HO, Vorsitzender der Vereinigung Hongkonger Schulträger, signalisierten Bereitschaft, sich gegebenenfalls der Klage anzuschließen. Gegenüber *UCA News* äußerten der Anglikaner HA und ein für Schulbildung zuständiger Methodist außerdem, die von ihren Kirchen getragenen Schulen würden keine „eingetragenen Schulverwaltungsräte“ einrichten. Die Mitgliedskirchen des Hongkonger Christenrats – 22 protestantische Denominationen sowie die orthodoxe Kirche – würden sich möglicherweise mit der katholischen Kirche über weitere Maßnahmen beraten, erklärte der Generalsekretär des Christenrates ERIC SO SHING-YIT. KEVIN MANNING, Bischof von Parramatta (Australien), in dessen Diözese viele Chinesen u.a. aus Hongkong leben, forderte die australische Regierung formell dazu auf, die Frage der Hongkonger katholischen Schulen in die nächste Runde des australisch-chinesischen Menschenrechtsdialogs einzubringen.

Inhalt und Werdegang des Gesetzes, Pro und Kontra. Die vom Gesetz vorgeschriebenen „eingetragenen Schulverwaltungsräte“ werden aus Vertretern von Lehrern, Eltern

und ehemaligen Schülern bestehen, die zu 40% gewählt und zu 60% vom Träger ernannt werden. Sie werden direkt beim Büro für Bildungsplanung (*Education and Manpower Bureau, Jiaoyu tongchou ju*) der Regierung registriert und sind diesem verantwortlich. Zu ihren Befugnissen gehören die Formulierung der Bildungspolitik der Schule, die Schulplanung und die Selbstevaluierung, die Planung und Verwaltung der finanziellen und personellen Ressourcen der Schule, die Auswahl und Einstellung der Lehrer und anderen Personals. Sie sind außerdem zuständig für die Aufstellung des Auswahlkomitees, das den Schullektor wählt. „Eingetragene Schulverwaltungsräte“ müssen nur an staatlich subventionierten privaten Schulen eingerichtet werden, nicht jedoch an öffentlichen oder rein privat finanzierten Schulen. Die Regierung argumentiert, das Gesetz stelle die Verwaltung der Schulen auf eine klare rechtliche Grundlage und schaffe mehr Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Verwendung der öffentlichen Gelder – jährlich 22 Mio. HK\$ pro Grundschule und 38 Mio. HK\$ pro weiterführender Schule. Die Rechte der religiösen Gruppen seien dadurch in keiner Weise eingeschränkt.

Gegner des Gesetzes argumentieren, es gebe alle Macht über die Schulpolitik den „eingetragenen Schulverwaltungsräten“ und lasse den Trägern nur die Verantwortung. Es sei nicht mehr gewährleistet, daß der Auftrag und die Wertvorstellungen des Schulträgers umgesetzt werden. Die Mehrheit von 60% der von den Trägern kontrollierten Stimmen in den Komitees garantiere nicht einen Schulbetrieb im Sinne der Träger, vielmehr könne es bei der Entscheidungsfindung leicht zu Kontroversen und damit zur Polarisierung in den Schulen kommen. Die vorgeschriebene Uniformität der Schulleitung zerstöre zudem die Pluralität des Hongkonger Schulsystems. Große Schulträger wie die katholische und die anglikanische Kirche, die jeweils einen eigenen zentralen Schulverwaltungsausschuß haben, könnten außerdem nicht mehr wie bisher schulübergreifende Angelegenheiten regeln, z.B. Lehrer von einer ihrer Schulen in eine andere versetzen.

Seit Anfang der 1990er Jahre strebt die Hongkonger Regierung eine sog. „schulbasierte Verwaltung“ (*school-based management*) an. Der Entwurf für das neue Schulgesetz wurde 2000 zur zweimonatigen Konsultation veröffentlicht. Ein revidierter Gesetzentwurf wurde 2002 eingebracht. Vor der endgültigen Abstimmung im Legislativrat Anfang Juli wendeten sich Gegner und Befürworter noch einmal über die Medien an die Öffentlichkeit. Bischof ZEN brachte am 18. Mai 2004 in einem Brief an den Legislativrat seine große Sorge hinsichtlich des Gesetzes zum Ausdruck, und verschiedene christliche Schulträger gaben öffentliche Erklärungen ab (siehe DOKUMENTATION in dieser Nummer). Am Vorabend der entscheidenden Debatte im Legislativrat hielten Bischof JOSEPH ZEN und etwa 500 Katholiken eine Kerzenwache vor dem Ratsgebäude. Dabei äußerte der Bischof, daß die Kirche möglicherweise einige Schulen an die Regierung zurückgeben müsse, falls das Gesetz verabschiedet werde.

Teile der Elternschaft hingegen unterstützten den Gesetzentwurf. So hatten am 8. Juni 300 Eltern ihre Zustimmung zu dem Gesetz publik gemacht und den Trägern vorge-

worfen, den Eltern zu mißtrauen. Die Vorsitzende der Hongkonger Allianz der Elternvereinigungen CHAN SIU-CHIU begrüßte am 9. Juli die Verabschiedung des Gesetzes. In ihrer Erklärung vom 8. Juli beschuldigte die katholische Diözese die Regierung, im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses Spaltungen zwischen den Schulträgern einerseits und den Eltern und Lehrern andererseits hervorgerufen zu haben, indem sie den Anschein erweckt habe, die Träger seien gegen „schulbasierte Verwaltung“. Ein katholischer Elternvertreter äußerte gegenüber *UCA News* die Hoffnung, die Ehemaligen katholischer Schulen und überzeugte katholische Eltern könnten zwischen Kirche und Elternschaft vermitteln. Im übrigen war auch die daoistische Gruppe *Sik Sik Yuen*, der 16 Schulen unterstehen, in Zeitungsannoncen öffentlich für den Gesetzentwurf eingetreten.

Sinkende Schülerzahlen, fehlender Leitungsnachwuchs und Defizite im Religionsunterricht. Die „Nachbesserung des Gesetzes für das Bildungswesen“ ist jedoch nicht die einzige Herausforderung, vor der Hongkongs katholische Schulen stehen. Wie alle Hongkonger Schulen haben sie mit zurückgehenden Schülerzahlen zu kämpfen. Die Geburtenrate in Hongkong ist in den letzten zehn Jahren um ein Drittel gesunken, von 70.500 Geburten im Jahr 1993 auf 47.000 im Jahr 2003. Die Schülerzahlen an katholischen Grundschulen gingen von 1999 bis 2003 um 9% zurück, mehrere katholische Grundschulen wurden bereits geschlossen. In ganz Hongkong sind 800 Grundschullehrer „überflüssig“ geworden, davon über 80 an den 136 katholischen Grundschulen. Der Diözese ist es erst teilweise gelungen, ihnen neue Stellen zu vermitteln.

Ein zweites Problem ist das Fehlen gut vorbereiteter jüngerer Fachkräfte, die in der Zukunft die Leitung übernehmen können. Darauf wies der Maristenbruder KELVIN CANAVAN, Direktor des *Sydney Catholic Education Office*, hin, der sich im Juni als Berater der Hongkonger Regierung in der SAR aufhielt. Die katholischen Schulen Hongkongs seien in hohem Maße abhängig von den vielen langgedienten Schulrektoren aus dem Bereich der Orden und der Laien. Würden hier nicht rechtzeitig Nachfolger ausgebildet, seien die katholischen Schulen vom allmählichen Verschwinden bedroht. Besonders bei den Orden, die derzeit 15,5% der Rektoren stellen, fehle es diesbezüglich an Weitblick. Das Problem sei angesichts der neuen Gesetzeslage um so drängender.

Sorgen hinsichtlich der Qualität der religiösen Unterweisung in der Diözese äußerte AMELIA LAU, die Direktorin des *Diocesan Catechetical Centre*. An den Schulen gerate der Religionsunterricht durch Zeitzwänge, den Widerstand einiger Eltern und die unzureichende Zahl gut qualifizierter Religionslehrer unter Druck. Die Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes werde die Lage noch schwieriger machen. Viele Lehrer seien einfach nicht am Religionsunterricht interessiert oder beschränkten ihn auf ethische Fragen. Es sei wichtig, daß Religion mit Enthusiasmus unterrichtet werde, andernfalls seien katholische Schulen nicht von säkularen zu unterscheiden. Das Katechetische Zentrum der Diözese bietet deshalb Fortbildungskurse für Religionslehrer an. Die katholischen Lehrer so LAU, sollten ihre Arbeit als Auftrag zur Evangelisierung sehen.

Geschichte der christlichen Schulen in Hongkong. Die christlichen Kirchen sind in Hongkong seit Beginn der britischen Kolonialherrschaft 1840 im Bildungsbereich tätig. Vor dem 2. Weltkrieg gab es in Hongkong neben neun staatlichen auch sieben katholische und vier protestantische Schulen, die von der Regierung subventioniert wurden. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1949 flüchteten Hunderttausende vom Festland nach Hongkong, und gleichzeitig wuchs dort die Furcht vor einer kommunistischen Infiltration Hongkongs, insbesondere auch der Schulen. Die von dieser Situation völlig überforderte britische Kolonialregierung ermutigte von da an ein verstärktes Engagement der Kirchen im schulischen Bereich, da diese über die nötigen Ressourcen und Qualifikationen verfügten und außerdem die antikommunistische Einstellung der Regierung teilten. 1955 gab es bereits 135, 1965 203 und 1976 310 katholische Schulen. In den 1970er Jahren, als die personellen Möglichkeiten der katholischen Orden allmählich abnahmen, stiegen die Diözese und Caritas Hongkong vermehrt ins Schulwesen ein. Der zahlenmäßige Höchststand wurde 1996 mit 329 Schulen erreicht. Heute gibt es in Hongkong 317 katholische Schulen. Davon werden 129 von Männer- oder Frauenorden, 122 von der Diözese, 61 von der Caritas und fünf von Laien getragen. Im Jahre 2003 wurden an den katholischen Schulen Hongkongs insgesamt 263.645 Schüler unterrichtet, darunter 21.079 katholische Kinder (8%). Von den 12.167 Lehrkräften an diesen Schulen waren 3.166 katholisch (26%). Mit 41 Grund- und 24 weiterführenden Schulen ist die anglikanische Kirche der zweitgrößte private Schulträger Hongkongs.

Quellen: *China aktuell*, Juli 2004, S. 743; *SCMP* 27.02.2004; *SE* 5.11.2003; 15.02.; 25.04.; 13.06.; 11.,18.07.; 5.09.2004; *UCAN* 1.,14.06.; 7.,9.07.; 11.08.2004; <http://archives.catholic.org.hk/statistics> (Statistiken der Diözese Hongkong zum katholischen Schulwesen); www.asianews.it 6.,8.07.2004; www.hkdf.org/newsarticles (Bischof ZENS Rede vom 4.05. bei der *Hong Kong Democratic Foundation*; Beitrag des Vorsitzenden ALAN LUNG Ka-lun vom 9.07.); www1.hkskh.org (Stimmen der Anglikaner). Der Text der *Education (Amendment) Bill 2002* findet sich auf der Webseite des *Education and Manpower Bureau* der Hongkonger Regierung www.emb.gov.hk, die deutsche Übersetzung des Hongkonger Grundgesetzes in ROMAN MALEK (Hrsg.), *Hongkong. Kirche und Gesellschaft im Übergang. Materialien und Dokumente*, Sankt Augustin – Nettetal 1997, S. 283-307. Zur Entwicklung vor 1997 vgl. BEATRICE LEUNG – SHUN-HING CHAN, *Changing Church and State Relations in Hongkong, 1950-2000*, Hongkong 2003, S. 23-46.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Hongkong, Bibel und Politik-----

Die Entscheidung des Hongkonger Legislativrats zum „Entwurf zur Nachbesserung des Gesetzes für das Bildungswesen 2002“, die von Kommentatoren auch als Bruch des Hongkonger Grundgesetzes und Eingriff in die Religionsfreiheit bewertet wurde (siehe oben), zeigt, wie wichtig dieses Gremium ist und weswegen im Vorfeld der Legislativratswahlen am 12. September d.J. zahlreiche Aktionen stattfanden, um den Sieg der Demokraten herbeizuführen. Einige Zeitungen wie auch die führenden Persönlichkeiten der Kirchen riefen dazu auf, die historische Chance, Hongkong demokratisch zu gestalten, nicht zu verpassen. In den hl. Messen am Vorabend der Wahl wurde in den Kirchen um einen guten, pro-demokratischen Ausgang der Wahlen gebetet. (Ich selbst konnte am Morgen des 12. September in

einem Wahllokal am *Raimondi College* gleich bei der Hongkonger Kathedrale beobachten, wie gut die Wahlen organisiert waren, wie ernst die dorthin strömenden Menschen, darunter viele Priester und Ordensfrauen, diese Angelegenheit nahmen und wie sehr sich die Wahlhelfer um einen guten Verlauf bemühten.) Auch wenn der Ausgang der Wahlen für die Demokraten nicht optimal ist, wird es in Hongkong in Zukunft schwieriger sein, nichtdemokratisch zu regieren. Auch die katholische Kirche des Territoriums wird sicherlich weiterhin dazu beitragen.

Bibel und Politik. Die Bibelausstellung in Hongkong, mit dem Titel „Meinem Fuß eine Leuchte und ein Licht auf meinem Pfad: Bibelapostolat der Kirchen in China“, die von der offiziellen protestantischen Kirche der VR China und der *Hong Kong Bible Society* sowie 19 anderen christlichen Institutionen und 78 Persönlichkeiten Hongkongs organisiert wurde, erwies sich als eine Mischung von Religion und Politik. Die vom 5. bis 10. August 2004 gezeigte Ausstellung wurde – ähnlich wie die Ausstellung der Buddhareliquien (26. Mai – 4. Juni d.J.; siehe *China heute* 2004, S. 72) – offensichtlich erlaubt, um das Image der Zentralregierung im Territorium inmitten der angespannten Lage, vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen am 12. September d.J., aufzubessern. An der Eröffnung der Bibelausstellung im *Hong Kong Convention and Exhibition Centre* am 5. August nahmen der Hongkonger Regierungschef TUNG CHEE-HWA, der Direktor des Beijinger *Liaison Office* in Hongkong GAO SIREN, der Direktor des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten YE XIAOWEN und Vertreter der protestantischen Gremien aus der VR China teil. Auch Vertreter der Hongkonger protestantischen Kirchen waren anwesend. Die Hongkonger katholische Kirche blieb bezeichnenderweise der Eröffnung fern. Bischof ZEN wurde zwar eingeladen, hieß es, hatte aber andere Termine. Die Anwesenheit von TUNG CHEE-HWA bei der Eröffnung (er hielt keine Rede!) wird als ein Politikum angesehen. Vermerkt wurde bei dieser Gelegenheit, daß TUNG z.B. nur sehr selten zu Sitzungen des Legislativrats erscheint und auch sonstige öffentliche Ereignisse meidet, um nicht unangenehmen Fragen ausgesetzt zu werden. Zum Abschluß der Ausstellung kam der Hongkonger Innenminister PATRICK HO CHI-PING (ein Katholik, der die Bemühungen Chinas bei der Gewährung der Religionsfreiheit pries. Auch der Ehrenvorsitzende des Chinesischen Christenrates, Bischof DING GUANGXUN, betonte anlässlich der Ausstellung, daß in der VR China Religionsfreiheit herrsche und daß die Atheisten „unsere Freunde, nicht unsere Feinde“ seien. Rev. DENG FUCUN, Vizevorsitzender der Drei-Selbst-Bewegung, beteuerte bei derselben Gelegenheit ebenfalls die Religionsfreiheit in China. Und die Präsidentin des Chinesischen Christenrates CAO SHENGJIE fügte hinzu, daß es für Verhaftungen von Christen sicherlich „andere Gründe“ gebe. Die Bibelausstellung in Hongkong beweise hinreichend die Religionsfreiheit. (NB. Zur Zeit der Eröffnung der Ausstellung wurden drei Angehörige der Hauskirchen in Hangzhou verhaftet.)

Anlässlich der Ausstellung wurde festgestellt, daß seit 1980 in der VR China über 35 Mio. Bibeln gedruckt wurden. Durchschnittlich werden zwei Mio. Exemplare pro

Jahr gedruckt. Die katholische Kirche hat seit 1990 nach Angaben des Generalsekretärs der Bischofskonferenz MA YINGLIN über 1,57 Mio. Bibeln gedruckt und vertrieben. – In der Ausstellung, die von über 30.000 Personen besucht wurde, wurden katholische und protestantische, alte und neue Bibelausgaben gezeigt. Eine „kaiserliche Ausgabe“ des Neuen Testaments, gedruckt 1894 und der Kaiserinwitwe CIXI zum Geburtstag präsentiert, wurde für karitative Zwecke versteigert.

Ausstellungsdiplomatie. Ausstellungen scheinen auch in der katholischen Kirche als ein Instrument der politischen Handlung neu entdeckt worden zu sein. Eine neue Perspektive in den sino-vatikanischen Beziehungen wirft der Plan auf, eine Ausstellung der Vatikanischen Museen in Hongkong zu organisieren.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß der Hongkonger Innenminister PATRICK HO bereits im September letzten Jahres in Rom Gespräche über eine solche Ausstellung geführt hat, u.a. mit Erzbischof CLAUDIO M. CELLI, der u.a. für die Vatikanischen Museen zuständig ist, und Msgr. ROTA GRAZIOSI vom Staatssekretariat. Diese Gespräche wurden fortgeführt und erreichten nun, wie es hieß, eine Phase der „technischen Diskussionen“ zwischen den Kuratoren, deren Namen nicht bekannt sind.

Die katholische Diözese Hongkong erklärte in diesem Zusammenhang, daß sie bereit sei, als Vermittlerin zwischen dem Hl. Stuhl und Beijing zu dienen, falls die Ausstellung verwirklicht werde. Der Kanzler der Diözese LAWRENCE LEE sagte, daß man diese Rolle gerne übernehmen werde, wenn z.B. Vertreter des Vatikan nach Hongkong kämen und wenn Kontakte zum Regierungschef TUNG CHEE-HWA oder dem Beijinger *Liaison Office* notwendig seien. Als prospektives Datum für die Ausstellung wird das Jahr 2006 genannt.

Generell ist man unter den Beobachtern der Meinung, daß eine solche Ausstellung zum Fortschritt in den stagnierenden sino-vatikanischen Beziehungen beitragen könnte.

Quellen (2004): *China Daily* (Hongkonger Ausgabe) 27.07.; *SCMP* 12.07.; 6.08.; *SE* 10.,18.07.; *The Standard* (HK) 17.08.; *The Straits Time Interactive* 7.08.; *UCAN* 6.,22.07.; 6.,17.08.; *UP* 6.08.; www.eblasie.mepasie.org; *Xinhua* 6.08.; www.zenit.org 29.07.

ROMAN MALEK

Zur Revision ----- des Gesetzes für Privatschulen in Taiwan

Das neue Gesetz zur Erweiterung der Befugnisse der Privatschulen kommt bestenfalls schon nächsten Frühling zur Verabschiedung, erklärte Frau HEIDI LIN DAIHUA am 10. Juni 2004 optimistisch. Dann werden die theologischen Schulen und Priesterseminare endlich in der Lage sein, Absolventinnen und Absolventen ihrer Studienlehrgänge staatlich anerkannte akademische Grade zu verleihen. „Was international gilt, sollte auch hier respektiert werden“, argumentierte die Parlamentarierin LIN von der Kommission für Erziehung und Kultur bei der Gesetzgebenden Behörde (*Legislativ-Yuan*).

Im Verlauf des Gespräches wunderte sich die der regierenden Demokratischen Fortschritts-Partei (DPP) angehö-

rende LIN, daß die christlichen Institutionen mit ihrem anerkannt großen Beitrag auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung nicht schon früher auf einer Änderung des diskriminierenden Gesetzes bestanden hätten: „Einzig die verschiedenen Vorstöße seitens des renommierten buddhistischen Zen-Meisters SHENGYAN, des Gründers der *Dharma Drum Mountain Buddhist Association*, in den letzten zehn Jahren sind mir bekannt.“ Sie riet allerdings, die christlichen Lehrinstitute sollten eine Allianz gründen und ihre Anliegen gemeinsam vorbringen. Ihres Wissens liege beim zuständigen Erziehungsministerium noch kein entsprechendes Gesuch vor. Aus ihrer Sicht präziserte sie dann: „Es kommen nur Institutionen und juristische Personen in Frage, die vom Ministerium des Innern auch als religiöse anerkannt sind. Sonst könnte sich ja jede größere Nachhilfeschule auf unseriöse Weise Privilegien einhandeln.“ HEIDI LIN betonte: „Es geht hier nicht um Disziplinierung der kirchlichen Institute. Die freie Religionsausübung ist voll respektiert.“

„Die anhängige Gesetzesvorlage ist für uns schlichtweg nicht annehmbar“, beschied dagegen Jesuitenpater LOUIS ALDRICH am 29. Juni 2004. Der Dekan der theologischen Fakultät an der Katholischen Furen-Universität, Taipei, kritisierte vor allem die restriktiven Rahmenbedingungen, da dann die Leitung einer theologischen Schule bezüglich des Glaubens und moralischen Verhaltens ihrer Lehrerschaft, Angestellten und Studierenden nichts mehr zu sagen hätte. Als Beispiel führte Pater ALDRICH ins Feld: „Da könnte nach fünf Jahren Anstellung ein Lektor die Gottheit CHRISTI bestreiten oder die Abtreibung als erlaubt erklären.“ Es geht also vor allem um ein Recht der Schulen auf Prüfung der persönlichen Haltung und des religiösen Engagements des Personals. Laut Statistik waren während des Schuljahres 2003/2004 an der von den Jesuiten geleiteten Fakultät für Theologie 24 Ordensfrauen, 30 Seminaristen, 11 Patres sowie 27 Männer und 40 Frauen im Laienstande eingeschrieben.

Was bildet nun in der vorgeschlagenen Novelle den Stein des Anstoßes? Paragraph 9 lautet (in eigener Übersetzung, eine offizielle englische Übersetzung ist laut Anfrage noch nicht vorhanden):

Private Hochschulen und Kollegien (Seminare) oder religiöse juristische Personen haben im Hinblick auf die Heranbildung des Klerus und ihres Personals, besonders der Akademiker, für die staatliche Anerkennung beim Erziehungsministerium ein Gesuch einzureichen, um die entsprechende Lizenz zu erlangen.

Privaten Schulen ist es untersagt, Studierende zur Teilnahme an religiösen Veranstaltungen (Liturgie) zu zwingen, während an religiösen akademischen Lehranstalten die Forschungsfreiheit uneingeschränkt ist.

Staatliche Anerkennung ohne Lizenz, faßte der Theologe GAO WANJIN (KAO WAN-CHIN) den Beschluß einer Beratung der Presbyterianischen Kirche in Taiwan in Tainan vom 29. Juni 2004 zusammen. Die Presbyterianer vertreten nämlich die Ansicht, daß der Staat den christlichen Seminarien aufgrund ihrer bisher geleisteten Beiträge zu Entwicklung und Fortschritt auch ohne vorherigen Antrag auf eine Lizenz die staatliche Anerkennung erteilen könne. GAO WANJIN, Rektor des *Yushan Theological College and Seminary* an der Ostküste Taiwans, gab freimütig zu, daß

außer dem öffentlichen Ansehen eine staatliche Anerkennung kaum Vorteile bringen würde: „Nur wenige von uns Ausgebildete verlassen den kirchlichen Dienst und sind auf eine Anstellung andernorts angewiesen.“ Der dem Ureinwohnerstamm der Tayal angehörende Rektor des Seminars mit 120 Studierenden, das ausschließlich die Pastoral der Ureinwohnerschaft im Auge hat, räumte indessen ein, daß alle betroffenen religiösen Institute gemeinsam vorgehen sollten – wohl ein Wunschtraum angesichts der verschiedenen Interessen von Buddhismus bis Katholizismus.

Anläßlich seines Besuches im *Yushan Seminary* zu Beginn seiner ersten Amtsperiode im Jahre 2000 habe Präsident CHEN SHUIBIAN versprochen, dem Seminar während seiner Amtszeit innerhalb von maximal acht Jahren die staatliche Anerkennung zu verschaffen, rief GAO WANJIN in Erinnerung. Er fügte hinzu: „Präsident CHEN, heimisch in der traditionellen daoistischen Religion, war sehr beeindruckt von den Verdiensten der Presbyterianischen Kirche um das Wohl der Ureinwohnerstämme und wollte damit ein Zeichen der Anerkennung setzen.“ Nach Rektor GAOs Empfinden geht alles sehr langsam, da zu viele Interessen unter einen Hut zu bringen sind.

Gemäß einer Statistik aus dem Jahre 2003 führen die christlichen Kirchen sieben der annähernd 90 privaten Universitäten und unabhängigen Kollegien Taiwans, darunter die Katholiken die Furen-Universität und die *Providence University*, während sechs höhere Lehranstalten mit verschiedenen buddhistischen Gruppen affiliert sind.

Das schon längere Zeit in Revision befindliche Gesetz hatte bereits im Dezember 2002 die erste Lesung passiert. Damals ging es vor allem darum, betrügerischen Praktiken sektiererischer Gruppen zuvorzukommen. Die anstehende Verabschiedung des Gesetzes wird beim Ministerium des Innern registrierten Organisationen erlauben, Schulen ins Leben zu rufen, die vom Erziehungsministerium anerkannt werden, sofern sie die geforderten Kriterien erfüllen. Aber das kann noch dauern, falls sich die Betroffenen nicht in absehbarer Zeit zusammenraufen.

WILLI BOEHI

Taiwan: Die Bibel in der Cou-Sprache -----

Im März dieses Jahres wurde in Jiayi/Taiwan, aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums der Ankunft der Steyler Missionare, im Rahmen einer schlichten Feier eine Paperback-Ausgabe der Vier Evangelien, geschrieben in der Ureinwohnersprache der Cou, der Öffentlichkeit übergeben. Die Veröffentlichung wird kein Aufsehen erregen, und doch sollte sie in ihrer Bedeutsamkeit nicht unterschätzt werden.

Das Volk der Cou (andere Umschrift Zou), einer der kleinsten Ureinwohnerstämme Taiwans, angesiedelt an den Hängen des inzwischen durch den Tourismus berühmt gewordenen Berges Alishan und im Schatten des höchsten Berges Taiwans, des knapp 4.000 m hohen Yushan (Jadeberg), machte erst 1960 durch die Arbeit der Steyler Missionare die Bekanntschaft mit der katholischen Kirche.

Den ersten Versuchen, Teile aus der Bibel in der Sprache der Cou, die keine eigene Schrift hatten, schriftlich zu fixieren, ging ein langjähriger mündlicher Gebrauch der Sprache im Gottesdienst voraus. Katechisten, die des Ja-

panischen oder des Chinesischen mächtig waren, pflegten anhand des geschriebenen Textes den Inhalt direkt, und mehr oder weniger wort- und sinngetreu, in die Cou-Sprache zu übertragen. In den 1970er Jahren unternahm es der Autor dieser Zeilen, der ab 1965 unter den Cou tätig war, Erzählstoffe und Bibeltexte, darunter vor allem die Lesungen und Evangelien der Sonntagsmesse, in latinisierter Umschrift wiederzugeben und zu sammeln. Dazu nahm er sprachlich kompetente und geschickte Katechisten, Lehrer und Älteste zu Hilfe. Sie übersetzten, dem geschriebenen chinesischen Text folgend, den Inhalt. Dieser gesprochene Text wurde auf Tonband aufgenommen, entsprechend bearbeitet und schriftlich festgehalten.

Der nächste Schritt waren Sprachkurse für interessierte Stammesmitglieder, die bereit waren, sich mit der lateinischen Schreibweise ihrer Muttersprache vertraut zu machen, um in der Lage zu sein, die Texte zu lesen und zu schreiben. Es fanden sich auch bald eine ganze Reihe sowohl jüngerer als auch älterer Leute aus verschiedenen Dörfern, die Interesse zeigten und nach einiger Zeit auch die Fähigkeit entwickelten, mit solchen Texten umzugehen. Es muß noch erwähnt werden, daß um diese Zeit der Großteil der Bevölkerung (unter 60 Jahren) Mandarin-Chinesisch kannte, das ja in der Schule, im öffentlichen Leben und im Schriftverkehr gebraucht wurde. Die ältere Generation war aus der japanischen Kolonialzeit noch mit dem Japanischen recht vertraut. Dies war dann auch die Zeit, in der die gesamte Liturgie in der Ureinwohnersprache gehalten werden konnte.

ZHENG ZHENGZONG, ein Cou, der die Katechistenschule abgeschlossen hatte und in der Aneignung und im exakten Gebrauch der an die Cou-Phonetik angepaßten latinisierten Form der Sprache besonders versiert war, machte sich sogar daran, die vier Evangelien in die Muttersprache zu übersetzen. Dieser handgeschriebene Text wurde dann von einer eigens ausgewählten Gruppe von fünf Stammesangehörigen in Zusammenarbeit mit dem Schreiber dieser Zeilen auf dem Hintergrund anderer Bibelübersetzungen sorgfältig durchgearbeitet, verbessert, neu formuliert und dann schriftlich niedergelegt. Der Gebrauch dieses Textes blieb vorerst jedoch auf die Liturgie beschränkt.

Es war das Verdienst von Pfarrer NORBERT PU, einem Angehörigen des Cou-Stammes, der im Jahr 2000 von einem Auslandsstudium aus Deutschland (Sankt Augustin) zurückgekommen war, auf die Notwendigkeit der Veröffentlichung dieses Evangelientextes hinzuweisen, um sie einem größeren Kreis zugänglich zu machen. Der Text wurde dann 2003 einer weiteren Revision unterzogen und in Druck gegeben. Mit der Übergabe dieses Buches an das Volk der Cou verbindet sich die Hoffnung und der Wunsch, daß jene, die den Text lesen, das Interesse an ihrer eigenen Sprache vermehren, zugleich aber auch ihr Verständnis für die Botschaft der Bibel vertiefen.

Das Buch der Vier Evangelien in der Cou-Sprache kann ein Beitrag zur Bewahrung der Kultur dieses Volkes sein. Als eine Minderheit von nur mehr ca. 5.000 Angehörigen hat es mit dem Überleben zu ringen. Die Cou waren immer schon ein kleines Volk. Es hat jedoch trotz der Kämpfe mit den umliegenden Stämmen, die größer waren und es stän-

dig bedroht hatten, und trotz der Seuchen, die das Volk nahezu an den Rand der Vernichtung gebracht hatten, durch die Geschichte hindurch überlebt und sich seine Identität bewahrt. Der Einbruch der Zivilisation in der Neuzeit und die politischen und wirtschaftlichen Ambitionen der Han-Chinesen, deren kulturelles Überlegenheitsgefühl, verbunden mit dem gezielten Versuch der *Guomindang*-Regierung, die Ureinwohner im Berggebiet, in das sie zurückgedrängt worden waren, in kurzer Zeit zu sinisieren, bedeuteten eine viel größere Gefahr für das geschichtliche und kulturelle Überleben dieses Volkes. In den 1960er Jahren war es noch verboten gewesen, in latinisierter Form Texte in den Ureinwohnersprachen zu veröffentlichen. Heute, leider zu spät, ist das Gegenteil der Fall. Jeder Versuch, das kulturelle Erbe der Urbevölkerung, die ja nur 2% der Gesamtbevölkerung Taiwans ausmacht, zu bewahren und lebendig zu erhalten, wird vom Staat großzügig finanziell unterstützt. Was die Cou selbst betrifft, so hat sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre zwar ein gewisses Bewußtsein vom Recht auf eine eigene Existenz als Volk gebildet, und die Rede vom Wert der eigenen Kultur ist in aller Munde, aber die konsequente Umsetzung dieser Werte erschöpft sich schließlich meist in folkloristischen Darbietungen, um die Neugier und Schaulust der Touristen zu befriedigen. Die spirituelle Echtheit dieser Werte, die in den uralten Melodien und Riten des Stammesfestes/Siegesfestes „Mayasvi“ und im jährlichen Dankfest „Homeyaya“ noch spürbar nachempfunden werden kann, gilt es in ihrer Dynamik auch heute wahrzunehmen und zum Wohl der Gemeinschaft umzusetzen. Wenn es dieser Evangelienschrift in der Sprache der Cou gelingt, dazu Anregung zu geben, hat sie die an sie gestellten Erwartungen erfüllt.

ANTON WEBER

Taiwan: AIDS-Kranke und steigendes Risiko -----

Eine Warnung vor einer steigenden Zahl von AIDS-Kranken in den nächsten Jahren erließ die „7. Konferenz über HIV/AIDS“ in Taiwan am 18. Juli 2004.

Laut offizieller Statistik leben auf Taiwan zur Zeit 6.255 HIV/AIDS-Kranke. Seit 1997 stieg die Zahl der HIV-Infizierten jährlich um 15%. Allein im Juni 2004 gab es 105 neue HIV/AIDS-Fälle – sieben Frauen und 96 Männer aus Taiwan sowie zwei Ausländer. Längst beschränkt sich der Kreis der Infizierten nicht mehr nur auf Homosexuelle und Drogensüchtige. Falls strikte Maßnahmen gegen diese Epidemie nicht greifen, ist im Jahre 2010 mit mehr als 13.000 und 2020 gar mit über 40.000 Fällen zu rechnen, stellte der Vorsitzende der *Taiwan AIDS Society* TWU SHIING-JER fest. Allein in diesem Jahre sei mit über 1.000 neuen Fällen zu rechnen.

Wohl unternahm die Regierung mit der Gründung der *AIDS Prevention Commission* 2001 einiges, um der Epidemie Herr zu werden. Auf der anderen Seite steht es aber um die Rechte der AIDS-Patienten noch schlecht bestellt. Mit ihren speziellen Abteilungen für AIDS-Patienten in den Krankenhäusern betreiben sogar Ärzte und Krankenschwestern eine zusätzliche Diskriminierung. Am Rande der zweitägigen Konferenz anerkannten private Hilfsorganisationen zwar die Bemühungen des Staates, wie etwa die kostenfreie

medizinische Behandlung von AIDS-Patienten, forderten aber um so mehr den Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Rechte in der Gesellschaft. Sogar in der Familie seien die Betroffenen oft ausgegrenzt. In seiner Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz appellierte Präsident CHEN SHUIBIAN an alle, bei der Eindämmung der „Plage dieses Jahrhunderts“ mitzuwirken.

WILLI BOEHI

Hochrangige Delegation des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten besucht Deutschland ----

Vom 22.-26. September 2004 besuchte eine vierköpfige Delegation des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten Deutschland. Das direkt dem Staatsrat unterstehende Religionsbüro ist verantwortlich für die Durchführung der staatlichen Religionspolitik in der Volksrepublik China. Zur Delegation gehörten der stellvertretende Direktor des Religionsbüros WANG ZUO'AN, die Leiterin der für christliche Kirchen zuständigen Zweiten Abteilung des Religionsbüros MA YUHONG, der stellvertretende Leiter der Zweiten Abteilung ZHANG XIANMIN sowie der Leiter der Abteilung für Auslandsbeziehungen LIU JINGUANG; Einladende war die Evangelische Kirche Deutschlands in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Missionswerk in Hamburg und dem Bayerischen Missionswerk.

Die hochrangige Delegation vertrat klar die bekannten Standpunkte der chinesischen Religionspolitik, zeigte sich bei ihrem Auslandsauftritt aber überraschend gesprächsbereit. Dies wurde am 23. September bei einem Gesprächsabend mit der Delegation deutlich, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin einlud und in dessen Verlauf einige interessante Aussagen gemacht wurden. WANG ZUO'AN gab zunächst einen Abriss der chinesischen Religionspolitik. Sie beruhe, so WANG, auf drei Prinzipien: der Freiheit des religiösen Glaubens, der Trennung von Staat und Kirche sowie der Unabhängigkeit der chinesischen Religionsgemeinschaften vom Ausland. Das Prinzip der Unabhängigkeit „können ausländische Freunde am wenigsten verstehen“. Es hänge mit der jüngsten Geschichte zusammen. „Ich möchte betonen, daß die Missionare viel Gutes getan haben“, sagte WANG. Dennoch hätten die Chinesen das Eindringen des Christentums im Zusammenhang mit dem Imperialismus gesehen. Heute gehöre China zweifellos zu den Ländern der Welt, in denen das Christentum am stärksten wachse. Dies sei auf das veränderte Wirtschaftssystem, aber vor allem auf das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirchen zurückzuführen, das diese stark verändert habe und im übrigen nicht Abschottung vom Ausland bedeute.

Kritische Anfragen an die chinesische Religionspolitik brachten im weiteren Verlauf des Gesprächsabends die Statements von WOLFGANG BAAKE (Deutsche Evangelische Allianz), MICHAEL RAGG (Kirche in Not) und dem Bundestagsabgeordneten HERMANN GRÖHE (CDU). WANG ZUO'AN räumte ein, daß es in China einige Menschenrechtsprobleme gebe, doch dürfe man aus Einzelfällen nicht schließen, daß alles schwarz sei. Zudem gebe es auch Fälle vorgeschobener Verfolgung mit dem Ziel, vom Ausland finanzielle Hilfe oder Asyl zu erhalten. Im Westen herrsche oft noch die Vorstellung, daß Christen in China, die mit der

Regierung zusammenarbeiten, keine echten Christen sein können; dies sei jedoch noch die Wertevorstellung des Kalten Krieges. Westliche Beobachter sollten die Entwicklung in China unvoreingenommen betrachten.

Dabei stellte WANG zwei interessante Punkte heraus: Erstens, die Religionen werden langfristig weiterexistieren – auch wenn die KP Chinas einmal nicht mehr bestehen werde. Die Religionsfrage könne außerdem nicht durch administrative Maßnahmen gelöst werden, sondern nur durch die den Religionen innewohnenden Entwicklungsfaktoren. Zweitens könnten die Religionen angesichts der negativen Begleiterscheinungen der marktwirtschaftlichen Entwicklung in China, z.B. des Werteverfalls, eine positive Rolle in der Gesellschaft spielen. China betone eine ganzheitliche Entwicklung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Menschenrechte. Letzteres sei natürlich ein langer Prozeß, bei dem man die chinesische Regierung unterstützen solle.

Auch die Zahl der Anhänger der verschiedenen Religionen wurde thematisiert. Die Zahl der Protestanten sei, so WANG ZUO'AN, mit den im Ausland vielfach genannten 80 Mio. viel zu hoch angesetzt, wenn es auch etwas mehr sein könnten als die vom Chinesischen Christenrat gezählten 16 Mio. Nach den Hauskirchen gefragt erklärte er, die Zahl der Christen, die sich bisher nicht registrieren lassen möchten, betrage nur 1-2 Mio. Entgegen den im Ausland vorherrschenden Vorstellungen müßten sie sich im übrigen nicht bei der Drei-Selbst-Bewegung, sondern beim Staat registrieren. WANG nannte ferner die üblichen offiziellen Zahlen von 20 Mio. Moslems und 5 Mio. Katholiken, insgesamt 100 Mio. Religionsanhängern – was, so WANG, nicht bedeute, daß alle anderen Chinesen Atheisten seien, doch seien z.B. traditionelle Ahnen- und Geistesverehrung nicht klar einer bestimmten Religion zuzuordnen (und deshalb statistisch nicht erfaßt).

Das Nationale Büro für Religiöse Angelegenheiten (*Guojia zongjiao shiwu ju*, neuerdings ins Englische übersetzt mit *State Administration for Religious Affairs*, kurz SARA) hat vier Abteilungen, wobei die beiden christlichen Kirchen (Protestantismus und Katholizismus) mit der Zweiten Abteilung eine eigene Abteilung „für sich“ haben, während die so unterschiedlichen Religionen Daoismus, Buddhismus und Islam in einer Abteilung zusammengefaßt sind. Weitere Abteilungen sind für politische Richtlinien und für Auslandskontakte zuständig.

Das Besuchsprogramm der Delegation konzentrierte sich auf das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. Es umfaßte u.a. Gespräche im Bundesinnenministerium, beim EKD-Bevollmächtigten und dem Katholischen Büro, der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen und im Diakoniewerk Neuendettelsau. Der Deutschlandbesuch fand im Rahmen einer Europareise statt, der die Beamte auch nach Großbritannien und Belgien führte.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

**Bitte beachten Sie die neue eMail-Adresse
des China-Zentrums:**

china-zentrum@china-zentrum.de

Konferenzen

Internationale Konferenz ----- über Boxerbewegung und Christentum in China

Die Boxerbewegung (*Yihetuan yundong*, 1899–1900), ein von bäuerlichen Kreisen getragener fremdenfeindlicher Aufstand, der sich auch gegen christliche Gemeinden und Missionare richtete, ist immer noch ein kontroverser Forschungsgegenstand in der westlichen und chinesischen Historiographie. Die wissenschaftliche Erforschung des Verhältnisses zwischen dieser Bewegung und dem Christentum in China war das Thema einer zweigeteilten Konferenz, die am 10. und 11. Juni 2004 in Taibei und am 14. Juni 2004 in Hongkong stattfand. Einer der Anlässe für diese Konferenz war die scharfe Kritik, die die chinesische Regierung an der Heiligsprechung von 120 Märtyrern durch Papst JOHANNES PAUL II. am 1. Oktober 2000 geübt hatte (vgl. dazu die Dokumentation in *China heute* 2000, S. 153-160 und S. 200-204). Unter den Heiliggesprochenen befanden sich auch ausländische Missionare, die in den Augen der chinesischen Regierung Handlanger des Imperialismus und Kriminelle waren.

Veranstalter der Konferenz waren das *Holy Spirit Study Centre* in Hongkong, das Zentrum zur Erforschung von Religion und chinesischer Gesellschaft am *Chung Chi College* der *Chinese University* in Hongkong sowie das Zentrum zur Erforschung der katholischen Geschichte an der *Fu Jen Catholic University* in Taibei. Die Teilnehmer, Wissenschaftler mit einem zumeist katholischen Hintergrund, kamen aus Hongkong, Taiwan, der Volksrepublik China und Europa.

Kardinal PAUL SHAN (Gaoxiong) wies in seiner Eröffnungsansprache auf die tiefgreifenden Mißverständnisse sowohl zwischen den in den Boxeraufstand involvierten Parteien als auch in der aktuellen Bewertung des Aufstandes seitens der chinesischen Politik hin. Die Konferenz sollte die Grundlage für eine umfassende Erforschung der historischen Fakten legen. Bischof JOSEPH ZEN ZE-KUIN führte die scharfe Verurteilung der Kanonisierung durch die chinesische Regierung ebenfalls auf den Mangel an historischer Forschung zurück.

Folgende Vorträge (insgesamt 24) wurden an den Konferenzorten Taibei und Hongkong gehalten (in chronologischer Reihenfolge; bei nicht englischsprachigen Titeln wird eine deutsche Übersetzung angegeben, Titel chinesischsprachiger Beiträge werden nur in deutscher Übersetzung aufgeführt):

Vorträge in Taibei: LUCIANO MORRA SJ (Faculty of Theology, Fu Jen Catholic University), „Storia delle relazioni tra la Santa Sede e la Cina e situazione della Chiesa in Cina soprattutto nel sec. XIX“ (Das Verhältnis von Heiligem Stuhl und China sowie die Situation der katholischen Kirche in China im 19. Jahrhundert); ELISA GIUNIPERO (Mailand), „The Boxer Movement Through the Eyes of European Missionaries“; ZHA SHIJIE (Chung Yuan Christian University, Zhongli, Taiwan), „Die Boxer und die Bei-

tang“; PATRICK TAVEIRNE CICM (Holy Spirit Study Centre), „The Boxer Movement and the Catholic Church in Southern Mongolia and Northwest China from the Western and Chinese Sources“; LUO YU (Fu Jen Catholic University), „Die Verfolgung der katholischen Kirche in Henan durch die Gesellschaft der roten Speere (*hongqianghui*)“; GASPAR HAN CHENGLIANG OFM (Hongkong), „Die Boxer und die katholische Kirche“; MIGUEL ANGEL SAN ROMÁN OP, „Presence of the Boxer Rebellion in the Dominican Missions in Fujian“; KARL JOSEF RIVINIUS SVD (Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Augustin), „Mission and the Boxer Movement in Shandong Province with Particular Reference to the ‚Society of the Divine Word‘“ [siehe auch den Abdruck dieses Beitrages in deutscher Sprache in dieser Nummer von *China heute*]; WU HUIFANG (National Taiwan Ocean University), „Die Entdeckung historischer Quellen und die Konstruktion historischer Tatsachen in der Boxer-Forschung: Am Beispiel der *oral history*“; LIN TONGFA (Fu Jen Catholic University), „Der Gouverneur von Shandong Li Bingheng und das Problem der Boxer“; ANGELO S. LAZZAROTTO PIME (Mailand), „Alberico Crescitelli (Guo Xide): A Profile“ [Alberico Crescitelli, 1863–1900, italienischer Missionar in Shaanxi, im Boxer-Aufstand ermordet, von der chinesischen Regierung zahlreicher krimineller Vergehen, u.a. der Vergewaltigung, bezichtigt]; ANTHONY LAM SUI-KI (Holy Spirit Study Centre), „Einige Gründe für die zahlreichen Todesfälle in der Stadt Taiyuan (Provinz Shanxi) während des Boxer-Aufstandes“; CHEN DEHAN (National Central Library, Taibei), „Der Konflikt zwischen Boxern und Kirche: Über die Entstehung der *Yihetuan* in Shandong“; WANG JIANCHUAN (South Taiwan University of Technology), „Religion und Glaube in der ‚Boxerbewegung‘: Puji, Zhang Tianshi, Kong Shengren und andere“; GU WEIYING (National Taiwan University, Taibei), „*Yihetuan* und Taiwan: Am Beispiel von Li Chunsheng“; PETER TZE MING NG (Chinese University, Hongkong), „Some Scenarios of the Impact of Boxer Movement on the Work of Christian Education in China“.

Vorträge in Hongkong: JEAN PAUL WIEST (Chinese University, Hongkong), „The Representations of Boxers in the Christian Theater“; GIANNI CRIVELLER PIME (Holy Spirit Study Centre), „China, the Holy See and France: The Giulianelli Mission to the Chinese Emperor and Its Aftermath (1885–1886)“; DIONISY POSDNYAEV (Study Group on Orthodox Affairs in China, Moscow Patriarchate), „Church on Blood of Martyrs: To the History of the Russian Orthodox Mission in China“; TANG KAIJIAN und MA ZHANJUN (Jinan University, Guangzhou), „Congregation of the Immaculate Heart of Mary at Jingbian County, Anbian Fort in Shaanxi Province at the Late Qing“; GUO SHIYOU (China University of Political Sciences and Law, Beijing), „Wu Tingfang während des Boxer-Aufstandes“ [Wu Tingfang, 1842–1922, chinesischer Diplomat, zur Zeit des Boxer-Aufstandes Botschafter Chinas in den USA]; CHEN FANG CHUNG (Fu Jen Catholic University), „Die Boxer zwischen Volksreligion und Geheimlehre“; LOUIS HA KELOON (Catholic Diocese of Hong Kong), „Charity and Hatred: The Asylums for Infants in the 19th Century China“; TAO

FEIYA (Shanghai University), „Der Boxeraufstand aus einer anderen Perspektive: Geschichte der internationalen akademischen Forschung, ausgehend von den chinesischen Forschungsbeiträgen der letzten zwanzig Jahre“.

Als ein wichtiges Ergebnis dieser Konferenz wurde angesehen, daß die Kenntnis anderer europäischer Sprachen als Englisch fundamental für die Erforschung vieler Quellen zur Boxerbewegung sei, da z.B. Archivmaterialien in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Russisch [und Deutsch] vorliegen. Mangelnde Fremdsprachenkenntnisse und der daraus resultierende Zwang, auf (oft schlecht) übersetzte Quellen zurückzugreifen, führten insbesondere bei Akademikern aus der Volksrepublik China zu verzerrten Sichtweisen. Für Folgekonferenzen wurde die Teilnahme von Fachleuten für andere Religionen, wie Buddhismus und Daoismus, gewünscht.

Quellen (2004): „Yihetuan yundong yu Zhongguo jidu zongjiao guoji xueshu yantaohui. Huiyi shouce“ (Sammlung der Konferenzbeiträge, Fu Jen Catholic University, Taipei); „Yihetuan yundong yu Zhongguo jidu zongjiao guoji xueshu yantaohui. An International Conference on the Boxer Movement and Christianity in China“ (Sammlung der Konferenzbeiträge, Chinese University, Hongkong). – *AsiaNews* 19.06.; CHEN FANG CHUNG, „Yihetuan yundong yu Zhongguo jidu zongjiao‘ guoji xueshu yantaohui jishi“, in: *Jiaoyou shenghuo zhoukan* 15.08.; *SGOAC News* 17.06.; *UCAN* 22.06.; www.hsstudyc.org.hk/T134-E2.htm (Konferenzbericht von PETER BARRY); *Zhonglian* No. 111 (August 2004).

BARBARA HOSTER

sien zur Geschichte der Kirche Chinas. Er hielt Vorträge in Belgien und anderen Ländern, begleitete jährlich Reisegruppen nach China sowie chinesische Studenten in verschiedene europäische Länder und vertrat die Stiftung bei den alle drei Jahre stattfindenden Europäischen Ökumenischen bzw. Katholischen China-Konferenzen, von denen er eine Reihe mitorganisierte. An der Vierten Europäischen Katholischen China-Konferenz in Leuven im September 2003, die von der Ferdinand-Verbiest-Stiftung federführend vorbereitet wurde (siehe *China heute* 2003, S. 203f.), konnte er aufgrund der kurz zuvor ausgebrochenen Krankheit nicht teilnehmen. Er erholte sich jedoch so weit, daß er Ende des Jahres das Amt des Direktors übernehmen konnte; sein früher Tod kam für viele überraschend.

LU BAIHE – so sein chinesischer Name (BAIHE bedeutet „weißer Kranich“) – war ein Kenner Chinas und großer Förderer der Anliegen der chinesischen Kirche. Er war eher ein Mensch der leisen, diplomatischen Töne, jedoch ausgestattet mit einem scharfen Blick und Verstand. Die MitarbeiterInnen des China-Zentrums kannten STAF als kompetenten und hilfsbereiten, stets für Kooperation und Austausch offenen Gesprächspartner und nicht zuletzt als guten Freund. Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten. R.i.P.

KATHARINA FEITH

In memoriam

STAF VLOEBERGHES (1943–2004) -----



Am 7. August 2004 verstarb nach schwerer Krankheit in Kessel-Lo/Belgien der Direktor der *Ferdinand Verbiest Foundation* in Leuven/Taipei, STAF VLOEBERGHES. Er wurde am 11. Dezember 1943 in Lier als zweites von neun Kindern geboren. Nach einem Tai-

wan-Aufenthalt im Rahmen der Mission der belgischen Scheutfelder Missionare studierte STAF VLOEBERGHES in den 1970er Jahren Politik- und Sozialwissenschaften sowie Sinologie. Drei Jahre lang war er als Kulturattaché bei der Belgischen Botschaft in Beijing beschäftigt, bevor er seine Tätigkeit bei der von den Scheutfeldern 1981 an der Katholischen Universität in Leuven neu gegründeten Ferdinand-Verbiest-Stiftung begann: zunächst als Sekretär, seit 1997 als Geschäftsführer des belgischen Büros und seit 31. Dezember 2003 als Nachfolger von P. JEROME HEYNDRICKX CICM als verantwortlicher Direktor der Stiftung. Bis zu seinem Tode war STAF VLOEBERGHES Chefredakteur von *Courier Verbiest* und *Les Chrétiens et la Chine* sowie Schriftleiter der wissenschaftlichen Publikationsreihe „Leuven Chinese Studies“. Zudem war er Mitorganisator der von der Stiftung regelmäßig veranstalteten Internationalen Sympo-

Neue Kirchen in der VR China (16)



Kirche in Hezuizi, Diözese Xining, Provinz Qinghai. Die Kirche wurde im August 2004 fertiggestellt. Zur Gemeinde gehören etwa 400 Katholiken. Foto: Archiv.